

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 192:**

Auslegung, Einspruchsführer, Haftungsbescheid, Bevollmächtigter

Bundesfinanzhof Az: VII R 4/21

In welchem Rahmen ist die Auslegung eines Einspruchs hinsichtlich des Einspruchsführers möglich, wenn ein Anwaltsbüro Einspruch gegen einen Haftungsbescheid erhebt und sowohl den Steuerschuldner (juristische Person) als auch dessen faktischen Geschäftsführer vertritt?

■ **AO § 222:**

Kindergeld, Säumniszuschlag, Stundung, Leistungsfähigkeit, Zuständigkeit

Bundesfinanzhof Az: III R 6/21

Wurden die Entscheidung über die Stundung durch den Inkasso-Service sowie die Einspruchsentscheidung von einer jeweils sachlich unzuständigen Behörde getroffen? War der Antrag auf Stundung aufgrund einer Mitteilungspflichtverletzung der Klägerin abzulehnen? Lag nach der aktenkundigen finanziellen Situation eine nicht nur vorübergehende geminderte Leistungsfähigkeit vor?

■ **AO § 222:**

Säumniszuschlag, Stundung, Kindergeld, Zuständigkeit

Bundesfinanzhof Az: III R 8/21

Streitig ist die Erhebung und Rechtmäßigkeit der Ablehnung einer Stundung von Säumniszuschlägen. Der Inkasso-Service Familienkasse sei für die Entscheidungen gemäß der §§ 16 ff., 218 ff., 222 AO und § 5 Nr. 11 FVG sachlich zuständig gewesen.

- **AO § 227:**
Kindergeld, Zuständigkeit, Erlass

Bundesfinanzhof Az: III R 10/21

Fehlte dem Inkasso-Service die sachliche Zuständigkeit für die Entscheidung über den beantragten Erlass? Kann der Vorstand der Bundesagentur gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 Satz 4 FVG innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs abweichend von den Vorschriften der Abgabenordnung über die örtliche Zuständigkeit die Entscheidung über den Anspruch auf Kindergeld einer anderen Familienkasse übertragen?

- **AO § 37 Abs 2:**
Abrechnungsbescheid, Erstattungsanspruch, Anrechnung, Kapitalertragsteuer

Bundesfinanzhof Az: VII R 56/20

Ist § 37 Abs. 2 AO anwendbar, wenn Kapitalertragsteuer für tatsächlich nicht erzielte Kapitalerträge abgeführt wurde?

- **AO § 47:**
Duldungsbescheid, Anfechtung, Fiskalerbschaft, Akzessorietät

Bundesfinanzhof Az: VII R 57/20

Wird im Zusammenhang mit angefochtenen Rechtsgeschäften der Grundsatz der Akzessorietät des Duldungsanspruchs im Falle einer Fiskalerbschaft durchbrochen, obwohl dies im Anfechtungsgesetz nicht ausdrücklich normiert ist?

- **AO § 48 Abs 2:**
Abrechnungsbescheid, Einfuhrabgaben, Insolvenz, Vertretung

Bundesfinanzhof Az: VII R 61/20

Wiederaufleben von Abgabenforderungen: 1. Darf über die Frage des Wiederauflebens einer Abgabenforderung in Form eines Abrechnungsbescheids entschieden werden? 2. Lebt ein Anspruch nach § 144 Abs. 1 InsO nur dann wieder auf, wenn ein Anfechtungsanspruch rechtlich bestanden hat? 3. Ist ein Schuldbeitritt und damit eine Anfechtung durch einen Insolvenzverwalter bei Zoll- und Einfuhrumsatzsteuerschulden generell ausgeschlossen?

- **AStG § 1 Abs 1:**
Teilwertabschreibung, Darlehen, Tochtergesellschaft, Fremdvergleich, Sicherung, Doppelbesteuerung, Sperrwirkung

Bundesfinanzhof Az: I R 15/21

1. Entfaltet Art. 9 Abs. 1 OECD-MustAbk eine Sperrwirkung gegenüber der Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG i.d.F. des StVergAbG bei Teilwertabschreibung eines unbesicherten Darlehens einer inländischen Muttergesellschaft an ihre ausländische Tochtergesellschaft? 2. Mit am 31.03.2021 veröffentlichtem Beschluss vom 04.03.2021 - 2 BvR 1161/19 hat die 3. Kammer des Zweiten Senats des BVerfG der Verfassungsbeschwerde stattgegeben, das BFH-Urteil vom 27.02.2019 - I R 73/16 aufgehoben und die Sache an den BFH zurückverwiesen. Der Rechtsstreit wird nun unter dem neuen Az. I R 15/21 geführt.

- **AStG § 6 Abs 6 S 1:**
Außensteuerrecht, Wegzugsbesteuerung, Veräußerungsgewinn, Wertminderung, Rückwirkendes Ereignis

Bundesfinanzhof Az: I R 39/20

Berücksichtigung der Wertminderung gemäß § 6 Abs. 6 AStG durch Verlustfestsetzung im Zuzugsstaat? Setzt eine rückwirkende Korrektur des fiktiven Veräußerungsgewinns gemäß § 6 Abs. 6 AStG i.V.m. § 175 AO wegen Eintritts einer Anteilswertminderung nach Wegzug voraus, dass der Steuerpflichtige die Verlustberücksichtigung im Rahmen seiner Einkommensteuererklärung im Zuzugsstaat erfolglos beantragt hat? Ist eine Verlustberücksichtigung im Zuzugsstaat gemäß § 6 Abs. 6 AStG bereits dann gegeben, wenn der Zuzugsstaat - mangels ausgleichsfähiger/verrechenbarer weiterer Einkünfte - lediglich eine Verlustfeststellung vornimmt?

- **DBA USA Art 7 Abs 1:**
Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Steuerbefreiung, Vergütung, Rechtsanwalt, USA, Feststellungsverfahren

Bundesfinanzhof Az: I R 42/20

Besteuerung der inländischen Gesellschafter einer als US-Limited Liability Partnership organisierten Anwaltssozietät nach DBA-USA 1989/20081. Freistellung eines Gewinnvorzugs der inländischen Gesellschafter einer US-Limited Liability Partnership? 2. Durchführung eines Feststellungsverfahrens bezüglich der im Inland steuerpflichtigen Beteiligungseinkünfte aus den USA?

- **EnergieStG § 51 Abs 1 Nr 1 Buchst d:**
Energiesteuer, Steuerentlastung, Verwendung, Erdgas, zweierlei Verwendungszweck
Bundesfinanzhof Az: VII R 1/21
 Energiesteuerentlastung nach § 51 Abs. 1 Nr. 2 EnergieStG: Kommt im Rahmen der Aktivkohlereaktivierung in Drehrohröfen dem bei der Verbrennung des Erdgases entstehenden Kohlendioxid die gleiche prozessspezifische nichtenergetische Bedeutung zu, wie im Rahmen des vom EuGH entschiedenen Falls der Kristallzuckerherstellung?

- **ErbStG § 13 Abs 1 Nr 4b S 1:**
Steuerbefreiung, Erbschaftsteuer, Krankheit
Bundesfinanzhof Az: II R 1/21
 Streitig ist die Inanspruchnahme der Steuerbefreiung für ein Familienheim gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 4b Satz 1 ErbStG bei einem gesundheitlich bedingten Auszug. Stellt eine psychische Erkrankung einen zwingenden Grund im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 4b Satz 5 ErbStG dar?

- **EStG § 11 Abs 2 S 2:**
Einnahmeüberschussrechnung, Umsatzsteuervorauszahlung, Fälligkeit, Betriebsausgabe
Bundesfinanzhof Az: X R 2/21
 Sind die Umsatzsteuervorauszahlungen für die Monate Mai, Juni und Juli 2017, die am 09.01.2018 innerhalb des 10-Tages-Zeitraums des § 11 Abs. 2 Satz 2 i.V.m. § 11 Abs. 1 Satz 2 EStG bezahlt wurden, im Veranlagungsjahr 2017 bei der Gewinnermittlung durch Einnahme-Überschussrechnung als Betriebsausgabe anzuerkennen, auch wenn die Fälligkeit nicht innerhalb kurzer Zeit vor Beginn oder kurze Zeit nach Beendigung des Kalenderjahres, zu dem sie wirtschaftlich gehören, liegt?

- **EStG § 13:**
Einkunftsart, Abgrenzung, Wirtschaftlicher Zusammenhang, Land- und forstwirtschaftlicher Betrieb, Land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Durchschnittssatzgewinnermittlung
Bundesfinanzhof Az: VI R 38/20
 Gehören Einnahmen aus der Unterverpachtung landwirtschaftlicher Flächen zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG) oder zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft (§ 13 EStG) und sind als solche bei der Ermittlung des Durchschnittssatzgewinns nach § 13a EStG zu berücksichtigen?

■ **ESTG § 15 Abs 1 S 1 Nr 2:**

Gesellschafterdarlehen, Zinsen, Halbabzugsverbot, Konzern, Organschaft

Bundesfinanzhof Az: IV R 26/20

Ist das Halbabzugsverbot auf Zinszahlungen von Gesellschaftern an Personengesellschaften, an denen sie mittelbar oder unmittelbar beteiligt sind (sog. unternehmensgruppeninterne Darlehen), nicht anzuwenden? Gilt dies auch für Zinszahlungen einer Kapitalgesellschaft, deren Einkommen einer Personengesellschaft als Organträgerin zugerechnet wird?

■ **ESTG § 15 Abs 3 Nr 1:**

Grundstück, Vermietung, Abfärbetheorie, Personengesellschaft, Ausgliederung

Bundesfinanzhof Az: IV R 42/19

Erzielt eine GbR aus der Vermietung eines Grundstücks gemäß § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG insgesamt gewerbliche Einkünfte, weil auf dem Dach des Vermietungsobjekts eine Photovoltaikanlage betrieben wird, aus der durchgehend negative Einkünfte erzielt werden?

■ **ESTG § 2 Abs 3:**

Gesamtbetrag der Einkünfte, Kirchensteuer, Erstattung, Erstattungsüberhang, Verlust, Verlustabzug, Verlustrücktrag

Bundesfinanzhof Az: IX R 6/21

Zur Frage, wie die Höhe des Einkommens (§ 2 Abs. 4 EStG) im Fall des Zusammentreffens eines negativen Gesamtbetrags der Einkünfte und eines positiven Kirchensteuererstattungsüberhangs gemäß § 10 Abs. 4b Satz 3 EStG im Verlustentstehungsjahr zu ermitteln ist, wenn gleichzeitig der negative Gesamtbetrag der Einkünfte für ein Verlustrücktrag verwendet werden soll.

Ist der negative Gesamtbetrag der Einkünfte zuerst um die Hinzurechnung des beantragten Verlustrücktrags auszugleichen und der Kirchensteuererstattungsüberhang im weiteren Ablauf des Berechnungsschemata der R 2 der Einkommensteuer-Richtlinien hinzuzurechnen oder unterbleibt eine Hinzurechnung des beantragten Verlustrücktrags im Berechnungsschemata?

■ **ESTG § 20 Abs 1 Nr 1:**

Kapitalerträge, Besteuerung, Fiktion, Nachweis, Tatbestand

Bundesfinanzhof Az: VIII R 2/21

Handelt es sich bei § 32d Abs. 2 Nr. 3 S. 4 EStG um eine gesetzliche Fiktion zur Verfahrensvereinfachung für das Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen i.S. des § 32d Abs. 2 Nr. 3 EStG während des gesamten dort bezeichneten Zeitraums oder um eine Nachweiserleichterung, welche nicht das tatsächliche Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen ersetzt?

■ **ESTG § 23 Abs 1 S 2:**

Rechtsnachfolger, Entnahme, Veräußerung, Privates Veräußerungsgeschäft, Anschaffungskosten

Bundesfinanzhof Az: IX R 3/21

Veräußerung i.S. des § 23 EStG eines Grundstücks einer aus Geschwistern bestehenden Grundstücksgemeinschaft (Rechtsnachfolgerin), die das Objekt im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge unentgeltlich vom Vater übertragen bekam, welches er für diesen Zweck zuvor aus seinem (land-und forstwirtschaftlichen) Betriebsvermögen entnahm. Zur Frage, wie der durch § 23 Abs. 3 Satz 3 EStG ausgesprochene gesetzgeberischen Wille, den nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 EStG angesetzten Wert als Größe für die maßgeblichen Anschaffungskosten zu berücksichtigen, Rechnung getragen wird, wenn im konkreten Fall bei der damaligen Entnahmehandlung des Vaters mit der Ausbuchung zum Buchwert bei diesem keine steuerliche Folge gezogen wurde.

Stellt bei dieser Art von Fallkonstellation trotzdem der fiktive Entnahmewert nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 EStG die Anschaffungskosten als Gegenposten zum Veräußerungserlös bei der Berechnung des privaten Veräußerungsgeschäfts bei der Rechtsnachfolgerin dar, mit der Folge, dass stille Reserven zwischen dem Buchwert (Vater) und dem (höheren) fiktiven Entnahmewert unversteuert bleiben?

■ **ESTG § 3 Nr 45:**

Steuerfreiheit, Privatnutzung, Telefon, Gestaltungsmissbrauch, Telefonkosten

Bundesfinanzhof Az: VI R 49/20

Ist (gemäß H 3.45 LStH) stets von einem rechtlichen Gestaltungsmissbrauch i.S. des § 42 AO auszugehen, wenn der Arbeitnehmer sein Handy an seinen Arbeitgeber zu einem Kaufpreis von 1 Euro verkauft und der Arbeitgeber anschließend im Rahmen eines Vertrages das Handy dem Arbeitnehmer auch zur privaten Nutzung wieder zur Verfügung stellt und die entstehenden Kosten für den privaten Mobilfunkvertrag übernimmt?

■ **ESStG § 3 Nr 45:**

Steuerfreiheit, Privatnutzung, Telefon, Gestaltungsmissbrauch, Telefonkosten

Bundesfinanzhof Az: VI R 50/20

Ist (gemäß H 3.45 LStH) stets von einem rechtlichen Gestaltungsmissbrauch i.S. des § 42 AO auszugehen, wenn der Arbeitnehmer sein Handy an seinen Arbeitgeber zu einem Kaufpreis von 1 Euro verkauft und der Arbeitgeber anschließend im Rahmen eines Vertrages das Handy dem Arbeitnehmer auch zur privaten Nutzung wieder zur Verfügung stellt und die entstehenden Kosten für den privaten Mobilfunkvertrag übernimmt?

■ **ESStG § 3 Nr 45:**

Steuerfreiheit, Privatnutzung, Telefon, Gestaltungsmissbrauch, Telefonkosten

Bundesfinanzhof Az: VI R 51/20

Ist (gemäß H 3.45 LStH) stets von einem rechtlichen Gestaltungsmissbrauch i.S. des § 42 AO auszugehen, wenn der Arbeitnehmer sein Handy an seinen Arbeitgeber zu einem Kaufpreis von 1 Euro verkauft und der Arbeitgeber anschließend im Rahmen eines Vertrages das Handy dem Arbeitnehmer auch zur privaten Nutzung wieder zur Verfügung stellt und die entstehenden Kosten für den privaten Mobilfunkvertrag übernimmt?

■ **ESStG § 32 Abs 4 S 1 Nr 3:**

Kindergeld, Entschädigung, Selbstunterhalt, Behinderung

Bundesfinanzhof Az: III R 7/21

Streitig ist, ob die nach § 1 Opferentschädigungsgesetz an das Kind gezahlte Rente zu seinen einzusetzenden finanziellen Mitteln gehört und es dadurch zum Selbstunterhalt im Stande ist.

■ **ESStG § 33 Abs 1:**

Außergewöhnliche Belastung, Nachweis, Krankheit, Anerkennung, Wissenschaft

Bundesfinanzhof Az: VI R 39/20

Handelt es sich bei der Liposuktion um eine im Streitjahr 2017 wissenschaftlich anerkannte Methode zur Behandlung eines Lipödems, so dass die entsprechenden Aufwendungen ohne die Nachweiserfordernisse des § 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 Buchst. f EStDV als außergewöhnliche Belastung abziehbar sind?

■ **ESStG § 33:**

Außergewöhnliche Belastung, Unterbringungskosten, Pflege, Behinderung, Krankheitskosten

Bundesfinanzhof Az: VI R 40/20

Ist Voraussetzung für die Anerkennung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Unterbringung (hier: in einer Pflegewohngemeinschaft in Form einer selbstverantworteten Wohngruppe i.S. der §§ 24 Abs. 2, 25 WTG NW) als außergewöhnliche Belastungen -krankheitsbedingte Unterbringung-, dass der Steuerpflichtige in einem Heim i.S. des § 1 HeimG bzw. einer Einrichtung mit umfassendem Leistungsangebot i.S. des § 18 WTG NW untergebracht ist?

■ **ESStG § 46 Abs 2 Nr 1:**

Pflichtveranlagung, Antrag, Ablaufhemmung, Treu und Glauben, Festsetzungsfrist, Veranlagung

Bundesfinanzhof Az: X R 35/20

Liegt bei einer Pflichtveranlagung zur Einkommensteuer gemäß § 46 Abs. 2 Nr. 1 EStG in der Abgabe der Einkommensteuererklärung zugleich ein Antrag i.S. von § 171 Abs. 3 AO, der den Ablauf der Festsetzungsfrist hemmt?

Ist das Finanzamt im Fall des § 46 Abs. 2 Nr. 1 EStG aus den Grundsätzen von Treu und Glauben verpflichtet, eine zu einer Steuererstattung führende Veranlagung auch dann durchzuführen, wenn der Steuerpflichtige erst am vorletzten Tag der Festsetzungsfrist die Steuererklärung einreicht und darauf vertraut, noch innerhalb der Frist veranlagt zu werden?

■ **ESStG § 6 Abs 1 Nr 1a:**

Entnahme, Betriebsvermögen, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Anschaffung, Anschaffungsnahe Herstellungskosten, Erhaltungsaufwand

Bundesfinanzhof Az: IX R 7/21

Erfasst das Tatbestandsmerkmal -Anschaffung des Gebäudes- des § 6 Abs. 1 Nr. 1a EStG auch eine vom Steuerpflichtigen vorgenommene Entnahme aus seinem (land- und forstwirtschaftlichen) Betriebsvermögen für sein Privatvermögen?

■ **ESStG § 9 Abs 6:**

Werbungskosten, Berufsausbildung, Rettungsdienst

Bundesfinanzhof Az: VI R 41/20

Aufwendungen für eine nicht im Rahmen eines Dienstverhältnisses absolvierte Ausbildung zum Berufspiloten als vorab entstandene Werbungskosten: Stellt die Ausbildung

zum Rettungshelfer im Rahmen des Zivildienstes eine Erstausbildung i.S. des § 9 Abs. 6 EStG dar?

■ **FGO § 68:**

Veranlagungsart, Wechsel, Gegenstand des Verfahrens

Bundesfinanzhof Az: I R 38/20

Prozessuale Folgen des Wechsels der Veranlagungsart während des Klageverfahrens Wird ein Zusammenveranlagungsbescheid während des Klageverfahren aufgehoben und werden Einzelveranlagungsbescheide erlassen, werden diese dann nicht gemäß § 68 Satz 1 FGO Gegenstand des Klageverfahrens?

■ **GewStG § 8 Nr 1 Buchst e:**

Organschaft, Ferienhaus, Hinzurechnung, Gewerbesteuer, Anlagevermögen

Bundesfinanzhof Az: III R 59/20

Kann ein auf die Erbringung von "Nur-Übernachtungsleistungen" in Form von Ferienhausaufenthalten reduziertes Leistungsangebot eines Reiseveranstalters dazu führen, dass von den Rechtsgrundsätzen des Senatsurteils vom 25.07.2019 - III R 22/16 abzuweichen ist, mit der Folge, dass ein dem Reiseveranstalter von Seiten eines Dritten zur Nutzungsüberlassung an Reisende zur Verfügung gestelltes Wirtschaftsgut --eine Ferienimmobilie- als Wirtschaftsgut des Anlagevermögens im Sinne des § 8 Nr. 1 Buchst. e GewStG zu qualifizieren ist?

■ **GewStG § 8 Nr 1 Buchst f:**

Gewerbesteuermessbetrag, Film, Lizenz

Bundesfinanzhof Az: III R 2/21

Streitig ist die Frage, ob beim Vertrieb von Filmrechten eine Untertitelung oder Synchronisation das Vorliegen sog. Durchleitungsrechte bzw. einer sog. Vertriebslizenz im Sinne der Rückausnahme in § 8 Nr. 1 Buchstabe f Satz 1 GewStG ausschließt. Erfahren Spielfilme durch eine Synchronisation eine völlig untergeordnete Veränderung?

■ **GewStG § 9 Nr 3 S 2:**

Tonnagesteuer, Unterschiedsbetrag, Ausland, Kürzung, Rückwirkung

Bundesfinanzhof Az: IV R 1/21

Sind aufgelöste Unterschiedsbeträge in die Kürzung des Gewerbeertrags nach § 9 Nr. 3 GewStG einzubeziehen? Verstößt die Änderung des § 7 Satz 3 GewStG durch das Gesetz vom 12.12.2019 zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (sog. JStG 2019), wodurch die Einbeziehung aufgelöster Unterschiedsbeträge in die Kürzung entgegen dem Senatsurteil vom 25.10.2018 - IV R 35/16 ausgeschlossen werden soll, gegen das verfassungsrechtliche Rückwirkungsverbot?

■ **GrEStG § 16 Abs 5:**

Grunderwerbsteuer, Aufhebung, Anzeige, Notar

Bundesfinanzhof Az: II R 2/21

Streitig ist, ob eine die Grunderwerbsteuer auslösende Anteilsübertragung ordnungsgemäß im Sinne des § 16 Abs. 5 GrEStG angezeigt wurde. Ist davon auszugehen, dass die auch für den Steuerschuldner wirkende Anzeige des Notars dann nicht für diesen gilt, wenn die Anzeige des Notars innerhalb der für ihn geltenden Frist des § 18 Abs. 3 GrEStG beim zuständigen Finanzamt eingeht, auch wenn die Anzeige ansonsten ordnungsgemäß ist? War die rechtzeitige Mitteilung durch den Notar als "Dritten" zu berücksichtigen?

■ **GrEStG § 16:**

Grunderwerbsteuer, Aufhebung, Auflassung

Bundesfinanzhof Az: II R 38/20

Liegt durch eine im Grundbuch eingetragene Auflassungsvormerkung, trotz eines wirksamen Aufhebungsvertrages und einer erteilten Löschungsbewilligung, eine aus dem ursprünglichen Kaufvertrag resultierende, im wirtschaftlichen Interesse verwertbare Rechtsposition vor? Ist die durch die Vormerkung vermittelte Möglichkeit der Einflussnahme nicht entfallen und somit im eigenwirtschaftlichen Interesse verwertet worden?

■ **InsO § 55 Abs 4:**

Energiesteuer, Insolvenz, Masseverbindlichkeit, Vorläufiger Insolvenzverwalter, Verbindlichkeit

Bundesfinanzhof Az: VII R 49/20

Energiesteuer: Stellt die während eines Insolvenzeröffnungsverfahrens entstandene Energiesteuer eine Masseverbindlichkeit dar? 1. Ist § 55 Abs. 4 InsO a.F. auf die Energiesteuer

anwendbar?2. Sind davon insbesondere auch "Altgeschäfte" umfasst, welche in Erfüllung von Verbindlichkeiten aus Dauerschuldverhältnissen bestehen, welche bereits vor Bestellung des vorläufigen Insolvenzverwalters begründet worden waren?

■ **KStG § 14:**

Organschaft, Finanzielle Eingliederung, Anteilstausch

Bundesfinanzhof Az: I R 40/20

Finanzielle Eingliederung i.S. des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 KStG beim unterjährigen Anteilstausch Kann im Falle eines Anteilstauschs bei einer unterjährigen Einbringung auch im Wirtschaftsjahr der Einbringung eine Organschaft zwischen der übernehmenden und der erworbenen Gesellschaft begründet werden (entgegen BMF-Schreiben vom 11.11.2011, BStBl I 2011, 1314, Rz Org.15)?

■ **KStG § 8b Abs 3 S 4:**

Schachtelbeteiligung, Währungsverlust, Hinzurechnung, Tochtergesellschaft

Bundesfinanzhof Az: I R 41/20

Außerbilanzielle Hinzurechnung von Fremdwährungsverlusten aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen eine ausländische Tochtergesellschaft nach § 8b Abs. 3 Sätze 4 bis 7 KStG?

■ **UStG § 12 Abs 2 Nr 7 Buchst d:**

Ermäßigter Steuersatz, Schausteller

Bundesfinanzhof Az: XI R 4/21

Besteuerung von Umsätzen eines Freizeitparks Unterliegen die Umsätze aus dem Verkauf von Eintrittskarten für einen Freizeitpark dem ermäßigten Steuersatz?

■ **ZK Art 220 Abs 1:**

Einfuhr, Kontingent, Zoll, Übertragung, Nacherhebung, Vertrauensschutz

Bundesfinanzhof Az: VII R 8/21

Nacherhebung von Einfuhrzoll auf Kontingentswaren: 1. Kann durch den An- und Verkauf von Kontingentswaren von bzw. an eine mitbeherrschte Handelsgesellschaft das für die erteilten Einfuhrlizenzen geltende Übertragungsverbot auf rechtsmissbräuchliche Weise umgangen werden und daher die Anwendung des vergünstigten Kontingentzollsatzes ausgeschlossen werden? 2. Kann sich auf den Vertrauensschutz gem. Art. 220 Abs. 2

Buchst. b) ZK berufen werden, wenn die Rechtmäßigkeit der Geschäftspraxis mit der Handelsgesellschaft mehrfach im Rahmen von Zollprüfungen bestätigt wurde?³. Hat der Vertrauensschutz mit der Veröffentlichung des SICES-Urteils des EuGH im Amtsblatt der EU geendet, weil der Irrtum für den Zollschuldner damit erkennbar war?